

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4

Umschlag von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Hoffe, Haarenstein & Bogler, G. L. Daube,
Invalidenamt, Berlin, Bernh. Arndt, Max Gerkmann,
Eberfeld W. Thienes, Grefswald G. Jiltes, Halle a. S.
Jul. Ward & Co. Hamburg Joh. Nothbar, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Geim. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser mit der „Hohenzollern“ ist
gestern um 8 Uhr 40 Min. in Bergen an-
gekommen, von den Festungswerken mit 25 Salu-
tissen begrüßt, gleichzeitig „Gefion“ und
„Torpoboot 23“. Die Verlegung des Kaisers
am Auge befindet sich zwar in voller Heilung,
macht aber doch noch Behandlung notwendig.
Dem Vernehmen nach geht die Kaiserin nach am
Sonntag nach Kiel ab. Der Kaiser ver-
anlaßt alsbald nach Ankunft eine telegraphische
Verbindung der „Hohenzollern“, welche Kabel
mittels, mit dem Festlande. Die Leiche des
Jungen von Sabule ist noch nicht geborgen.
Ueber den Unfall wird noch berichtet: von
Sabule machte einen Ausflug aufs Land und
fuhr mit dem Rade den See entlang, und zwar
sehr schnell. In Schweiß gerathen, wollte er
mit der Linken sein Radlenker aus der Tasche
nehmen, verlor in Folge der Handbewegung die
Herrschaft über das Fahrrad, stürzte den zwölf-
fuß hohen fahen Abhang hinunter und ver-
schwand in tiefen Wasser. Diese Beschreibung
rührt von einem Kameraden her, der ihn im
Augenblick des Verabschiedens sah und seinen
Namen hörte. — Der „Hamb. Kor.“ meldet
aus Berlin: Entgegen allen sonstigen Mel-
dungen werden auf der Reise nach Kronstadt
den Kaiser nach endgültigen Bestimmungen beide
Panzerdivisionen begleiten, so daß das kaiser-
liche Geschwader aus zehn Schiffen besteht. —
Der Finanzminister Dr. Miqel und der
Minister der öffentlichen Arbeiten Thielens
besichtigten gestern in Eberfeld die großen
Etablissements von Wilhelm Boddingshaus sowie
von Schlieper und Baum. Gierauf fand in dem
Kafino ein Diner statt, zu welchem etwa 20
Industrielle von dem Oberbürgermeister geladen
waren. Trinkprüche wurden ausgebracht von
dem Oberbürgermeister auf die Gäste, von dem
Finanzminister Miqel auf die Stadt Eberfeld
und von dem Minister Thielens auf die Frauen
Eberfelds. Nach dem Diner machten die
Minister eine Spazierfahrt durch die umliegenden
Bergwälder. — Am 9. d. M. starb auf seinem
Gute Mansfeld im Kreise Friedeberg in der
Neumark der Major S. D. Benn von Kno-
bedorff-Vrensdorff, der 1879-82 als
Mitglied der konservativen Partei den Wahl-
bezirk Arnswalde-Friedeberg im Abg.ordenen-
haus vertrat. — Der „Hamb. Kor.“ meldet,
in Kurzem werde ein größeres Avancement in
den mittleren Stabsoffizieren der
Kavallerie stattfinden, da nicht weniger als 15
etatmäßige Stabsoffiziere von Kavallerie-
Regimenten ihren Abschied eingereicht hätten.
— In der Artilleriekompanie zu Stralsburg i. G.
ereignete sich ein trauriger Vorfall. Ein aus
Mühlhausen gebürtiger Artillerist kam nach dem
Zapfenstreich in betrunnenem Zustande lärmend
auf seine Stube. Ein Gemeiner sowie ein
Obergefreiter verletzten ihn zur Ruhe zu bringen.
Dies veranlaßte den Betrunnenen, seine Flinte,
nach anderer wahrheitsgemäßer Version seinen
Neivolter, zu ergreifen und drei Schüsse abzu-
feuern, wovon zwei den Gemeinen in den Arm
und in den Bauch trafen. Der Obergefreite
erhielt einen Schuß in den Unterschenkel, der
eine Amputation zur Folge hatte. Der Lebel-
thäter wurde von den Stabsoffizieren bis zur
Bewußtlosigkeit durchgeprügelt und liegt jetzt im
Lazareth.

Deutschland.

Berlin, 15. Juli. Die „Königliche Zeitung“
schreibt:
„Die Vorgänge in Eger und die Haltung,
die die österreichische Regierung den Deutschen
gegenüber einnimmt, müssen bei uns Reichs-
deutschen naturgemäß schmerzliche Gefühle her-
vorrufen, aber wir befinden uns bei allen diesen
Vorfallungen in einem gewissen innern Zwiespalt.
Als Mitglied des Reiches hat Deutschland sich
über die österreichische Regierung nicht zu
beklagen gehabt, und auch dem Grafen Badi-
nani in dieser Beziehung durchaus kein Vor-
wurf gemacht werden. Wir haben also von
diesem Standpunkte aus keinen Anlaß, ihm
Schwierigkeiten in den Weg zu legen oder durch
eine besonders harte Verurteilung seine Regie-
rung zu kränken. Auf der andern Seite müßte
man aber kein Deutscher sein, wenn man nicht
angefächelt der Bedrückung und Zurückdrängung
des deutschen Volkstammes in Oesterreich ein
Gewiß tiefes Schmerzes empfindet, zu dem schließ-
lich auch noch die politische Erwägung hinzu-
tritt, daß auf die Dauer die Deutschen doch

Mitteilungen aus dem Grundbesitz.

Zur Frage der Wohnungsreform
bringt die „Kön. Ztg.“ einen bemerkenswerten
Artikel, den wir hier vollständig wiedergeben,
als einen Beweis dafür, daß man auch an den-
jenigen Stellen etwas nüchtern über die Sache
zu denken anfängt, die dem wirtschaftlichen
Standpunkt sonst nicht allzu nahe stehen. „Die
Versuche, unser Staatsrecht mit allerlei sozialem
Reformwert zu überfrachten, haben sich an der
Thür des preussischen Bundesministeriums eine
Ablehnung geholt, die an Entschiedenheit nichts
zu wünschen läßt. Der Vorstand des Gesamt-
verbandes evangelischer Arbeitervereine hatte
nämlich an das zuständige Ministerium für
Handel und Gewerbe die Bitte gerichtet, die
Verordnungen der sogenannten nationalen Woh-
nungsreform zu unterstützen, die, um es kurz zu
sagen, verlangt, daß eine vom Staate garantierte
Pflanzdrückanstalt in erster Linie freien und ge-
meinnützigen Bauvereinen, in zweiter Linie
aber auch öffentlichen Bau- oder Wohnungs-
kommissionen die erforderlichen Mittel im ganzen
Umfang des Bedürfnisses zur Verfügung stellen
soll. Seit nun auf dem letzten evangelisch-sozia-
len Kongress in Stuttgart die Wohnungsreform
als eine „Grundforderung der christlichen Sozial-
politik“ hingestellt worden war, sah man in
manchen Kreisen dem Erfolg jener Eingabe mit
Spannung entgegen. In seiner Antwort erklärt
der Minister, daß ein näheres Eingehen auf den
vorgelegten Plan voraussichtlich auch dann un-
möglich sein würde, wenn dessen Ausführbarkeit

immer ganz andere und zuverlässigere Stützen
eines freundlichen Einvernehmens mit Deutsch-
land sein werden, als die dem Deutschland
feindlichen Gegeben. Jedenfalls können wir es
aber nicht billigen, wenn reichsdeutsche Elemente
sich unmittelbar an dem Kampfe gegen eine uns
befremdete Regierung beteiligen und ebenso-
wenig halten wir es weder für angemessen, noch
für nützlich, wenn Oesterreicher diesen innern
Kampf über die Grenzen ihres Landes in das
deutsche Reich hineinbringen wollen und Kund-
gebungen, die ihnen in Oesterreich nicht gestattet
werden, auf reichsdeutschem Gebiete abhalten
wollen. Unserm Empfinden entspricht ganz und
gar die Bewahrung der Odmänner-Konferenz
des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, der es
mit der Würde und der Pflicht des deutschen
Volkstammes in Oesterreich nicht vereinbar
findet, daß das nationale Bewußtsein sich zu
Handlungen jenseits der schwarzgelben Grenz-
gränze verleiten läßt. Auch der eigenen Sache
in Oesterreich nützen die Deutschen dadurch nicht,
denn ihren Gegnern wird durch solche Kund-
gebungen eine Waffe in die Hand gegeben, von
der sie zwei eilobne an benjennigen Stelle Gebrauch
machen werden, auf die die Deutschen in letzter
Linie doch angewiesen sind, um erträgliche Zu-
stände herbeizuführen. Diese Erwägungen ändern
nichts an der begrifflichen Sympathie — das
Gegenteil wäre unangenehm —, die wir für
unsern Stammesgenossen haben, aber sie zwingt
uns, eine ruhiger Haltung einzunehmen und
auf jedes Eingreifen in diesem schmerzlichen
Kampfe zu verzichten.“

In Hamburg ist jüngst die deutsche
Landwirtschaftsgesellschaft, eine sich von aller
agrarpolitischen Agitation fern haltende, die tech-
nische Förderung der Landwirtschaft erstrebende,
deshalb der allgemeinen Sympathie sichere
Vereinigung zu ihrer alljährlichen Wanderversam-
lung zusammengetreten. Der Bürgermeister Dr.
Wönckberg hat sie mit einer Rede begrüßt, in
der es hieß:
„Eins ist unverändert geblieben und wird
unverändert bleiben: das ist das ungreifbare
Band der Interessengemeinschaft zwischen dem
Bauernstande und dem Handel und der die Güter
erzeugenden und die Güter ver-
brauchenden Industrie und Landwirtschaft tre-
benden Bevölkerung. So wenig die Landwirt-
schaft den Handel entbehren kann, der es ihr er-
möglicht, ihre Erzeugnisse zweckmäßig zu ver-
werten und dafür die Lebensbedürfnisse, die der
eigene Boden nicht herbeibringt, in zweckmäßiger
Weise einzutauschen, so wenig kann die Handels-
stadt auf die Dauer blühen und gedeihen, wenn
nicht die Gesamtheit der Bevölkerung des Landes
sich eines gesunden Wohlstandes erfreut. Denn
nur der Landwirth, der im Stande ist, für seine
Erzeugnisse den angemessenen und seinen Lebens-
verhältnissen entsprechenden Preis zu erzielen,
nur der kann auch ein zahlungsfähiger Konsum-
rent für fremde Waaren sein. Das (Rentabilität
und Kaufkraft) ist ja auch der wesentlichste
und Hauptzweck, zu dem Wanderversammlungen
deutscher Landwirthe stattfinden, zu dem Wanders-
ausstellungen veranstaltet werden. Zur Hebung
und Förderung der deutschen Landwirtschaft, zur
Hebung des Wohlstandes der deutschen Land-
wirth und damit nicht nur zum Heile der Land-
wirth allein, sondern zum Heile der gesamten
Bevölkerung des ganzen großen Vaterlandes.“

Wollte die konservativ-agrarische Presse aus
diesen Worten des Bürgermeisters von Hamburg
eine Folgerung ziehen, so hätte es die sein
müssen, daß alle agrarischen Behauptungen von
der Gleichgültigkeit oder gar Feindseligkeit der
Landwirtschaft eitel Wind sind. Die „Kreuz-
zeitung“ aber erklärt: „Was hier von dem Bür-
germeister der größten Handelsstadt Deutschlands
ausgesprochen worden ist, deckt sich im Wesent-
lichen mit den Anschauungen, die von agrarischer
Seite vertreten worden sind“, und es spreche „in
klarer Weise für die Berechtigung der agrarischen
Bewegung“. Dieses Taschentüchlein wird
doch gar zu ungehört ausgeführt! Bei der
agrarischen Bewegung handelt es sich nicht um
die Gleichberechtigung der verschiedenen Erwerbs-
klassen, die der Hamburger Bürgermeister betont
hat, sondern um die Vorherrschaft des Groß-
grundbesitzes, um die Förderung eines Theiles
der Landwirthe auf Kosten anderer Volkstheile
und die Durchsetzung falscher, für die Gesamtheit
verderblicher Maßregeln. Die deutsche Land-
wirtschaftsgesellschaft hat mit alledem nichts zu
thun, und darum konnte Herr Dr. Wönckberg
zu ihr so sprechen, wie er es gethan; zum Bund
der Landwirthe würde er ohne Zweifel anders

besser dargethan wäre, weil ein unmittelbares
Eingreifen des Staates zur Herstellung guter
Wohnungen auf grundsätzliche Bedenken stößt.
Mit dieser Zurückweisung gaben sich die Urheber
des Planes nicht zufrieden, sondern versuchten in
einer bei Ernst Hoffmann in Berlin veröffentlichten
Schrift den Nachweis, daß die abtuehene Antwort
des Ministers auf irrigen Voraussetzungen
beruhe (Neue Beiträge zur nationalen Wohnungs-
reform, von Albert Schäffle und Paul Lehner).
Ihre Ausführungen werden indessen außerhalb
der Kreise, die auf das christlich-soziale Programm
eingeschworen sind, nicht viele überzeugen, und man
könnte, ohne voreilig gescholten zu werden, die
nationale Wohnungsreform schon jetzt in das
lange Register der todtgeborenen sozialen Pläne
eintragen. Weltlich doch die Frage der Wohnungs-
reform wegen der unübersehbaren Bedeutung, die
sie für unsere Großstädte und Industriebezirke
hat, sich voraussichtlich noch lange auf der Tages-
ordnung halten wird, so wollen wir, um weiteren
Fergängen in jener Richtung vorzubeugen, noch
auf einige Schwächen des Planes hinweisen, die
uns in den Eörderungen der Presse nicht hin-
reichend bloßgelegt erscheinen. Zunächst ist mit
Unrecht gesagt worden, daß der Staat mit der
Anstufelungsgebung auf einem anderen Ge-
biet genau dasselbe gethan habe, was jetzt in
der Wohnungsfrage von ihm verlangt werde.
Das Anstufelungsgesetz nimmt die Staatshilfe
zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit, also für
Zwecke der Produktion in Anspruch, während die
Wohnungsreform sich ausschließlich als eine
Frage der Konsumtion darstellt. Wer diesen
Unterschied gering anschlagen möchte, sei daran
erinnert, daß es neben dem Wohnungsbedürfnis
noch eine Reihe anderer giebt, deren Befriedigung
sich mit gleichem Recht als „Grundforderung

gesprochen haben; aber der wird sich hüten, seine
Generalversammlung in Hamburg abzuhalten.

Oesterreich-Ungarn.

Graz, 14. Juli. In der heutigen Gemein-
de-rathssitzung erklärte der Bürgermeister, das Prä-
sidium des Gemeinderathes sei nicht in der Lage,
in Folge der gesetzlichen Bestimmungen die Ge-
schäfte im übertragenen Wirkungskreise einzus-
tellen. Der Gemeinderath nahm zwei die Egerer
Vorfälle betreffende Resolutionen an.

Frankreich.

In Frankreich hat gestern die Feier des
Nationalfeiertages stattgefunden. Bis zum Abend
scheint in Paris kein störender Zwischenfall vor-
gekommen zu sein. Nach den eingegangenen
Telegrammen herrschte auf den Straßen ein sehr
lebhaftes Treiben. Bei schönem Wetter haben
am Vormittag die gewöhnlichen Kundgebungen
vor den Statuen von Strasbourg, der Jeanne
d'Arc und von Gambetta stattgefunden. Der
Trennperev, welche nachmittags in Longchamps
stattfand, wohnte der Präsident Faure mit den
Spitzen der Behörden bei. Der Präsident wurde
auf der Fahrt zum und vom Parabefelde, wie
auf letzterem selbst von der zahlreichen Menge
lebhaft begrüßt. — Aus den Provinzialstädten
werden vom Vormittag glänzende Truppenparaden
gemeldet, welche überall im Weisen großer Zu-
schauermengen abgehalten wurden.

Italien.

Rom, 14. Juli. Zur Feier des französi-
schen Nationalfestes empfing der französische
Botschafter Villot die Mitglieder der französischen
Kolonie. Der Botschafter brachte einen Trink-
spruch aus, in welchem er zunächst an dasjenige
erinnerte, was er gelegentlich des Neujahrs-
empfanges über die Verbesserung der Beziehungen
zwischen Frankreich und Italien gesagt hatte, und
führte dann fort, er habe zu dem, was er damals
gesagt, nichts hinzuzufügen und auch nichts davon
zurückzunehmen. Das Annäherungswort nehme
einen normalen Fortgang; er habe das Ver-
trauen, daß man zu dem Ziele gelangen werde,
welches alle vor Augen haben.

Rußland.

Aus Warschau wird mitgetheilt, daß der
Zar und die Zarin am 12. September zu vier-
tägigem Aufenthalte dort eintreffen und sich
dann für mehrere Wochen nach dem Lustschloß
Spala begeben werden. Seitens der Behörden
und der Bürgerschaft werden große Empfangs-
feierlichkeiten vorbereitet.

Türkei.

Konstantinopel, 14. Juli. Hier verlautet,
daß in sämtlichen Antworten der Souveräne der
Großmächte dem Sultan ernstlich erathen wor-
den, in der Grenzfrage nachzugeben. Die Ant-
wort des deutschen Kaisers habe besagt, die
deutsche Regierung werde die Forderung des
Sultans nochmals erwägen. Die deutsche Re-
gierung habe jedoch durch den Botschafter in
Konstantinopel, Herrn Saunna v. d. Zeilich,
dieselben ersten Vorstellungen, in der Grenzfrage
nachzugeben, machen lassen. Der Kaiser von
Rußland soll in seiner Antwort mit Repressalien
in Klein-Asien gedroht haben, wenn Thessalien
nicht geräumt werde. Der Sultan hätte geant-
wortet, er werde suchen, die Forderung des
Kaisers von Rußland zu berücksichtigen; er lehne
aber die Verantwortung für die Folgen des Ein-
bruchs ab, der die gänzliche Preisgabe Thessa-
liens auf das Volk und das Heer machen werde.
Es ist noch nicht bekannt, welche Entscheidung
der gefrige außerordentliche Ministerath ge-
troffen hat. Die Opposition des Hofes und der
Minister scheint fortzubauern. Eine Erregung
der Volksmassen läßt sich nicht feststellen; nur
Offiziere, Beamte und Geistliche sprechen gegen
die Preisgabe Thessaliens. Man nimmt an,
daß die Bewegung künstlich genährt wird.

Arbeiterbewegung.

Ein neues Streikreglement für die ge-
samten Gewerkschaften Deutschlands hat die
Generalcommission der deutschen Gewerkschaften
ausgearbeitet. Das Reglement ist in erster
Linie gegen den Einfluß der britischen Gewerks-
chaftskommissionen auf die Ausländer gerichtet.
Es heißt:
1. Die Kommission ist verpflichtet, dem
Zentralvorstand der Organisation, die sich am
Orte im Streik befindet, auf Erfordern über die
Lage des Auslandes Bericht zu erstatten. 2.

Die Gewerkschaftskommission darf erst dann einen
Streik unterstützen, wenn er vom Zentralvorstand
gutegehoben wird. Lokalorganisationen werden
erst nach Einholung der Bewilligung von der
Kommission unterstützt. 3. Die Unterstützung wird
aus freiwilligen Beiträgen bestritten. 4. Darlehen
zu Streiks dürfen nicht aufgenommen
bzw. bewilligt werden. 5. Auswärtige Streiks
werden nur auf Geheiß des Zentralvorstandes
oder betreffenden Gewerkschafts und nach vor-
herigem Plenarbeschluß seitens der Kommission
unterstützt. 6. Sammelstellen müssen mit dem
Stempel der Kommission versehen werden. 7.
Unterstützungen an auswärtige Streiks dürfen
seitens der Kommission nur an die Zentral-
vorstände abgeliefert werden. 8. Ueber die
Beendigung der Unterstützung entscheidet die Kom-
mission erst nach vorheriger Verständigung des
Zentralvorstandes.

Wie aus Stockholm telegraphirt wird,
beschloß der schwedische Seemannsverein eine
allgemeine Arbeitseinstellung auf sämtlichen
schwedischen Schiffen vom 26. d. M. ab. Die
Seelente verlangen einen Minimallohn von 50
Kronen per Monat, den Zehntunden-Arbeitstag
und besondere Bezahlung von Ueberstunden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. Juli. Herr Konsistorial-
Präsident Dr. Richter ist bis zum 24.
August beurlaubt, in dieser Zeit sind Geheiß
und Eingaben in Präsidialsachen an „das Prä-
sidium des königlichen Konsistoriums“ zu adressiren.
— Im Monat Juni betrug im Ober-Post-
Direktionsbezirk Stettin die Einnahme an
Bescheitungs- und Postgebühren 10 385 Mark, dazu
aus den Vormonaten seit April 16 859,40 Mark,
zusammen 27 244,40 Mark oder 105,40 Mark
mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres.
— Im Monat Juni betrug im Verwal-
tungsbezirk Pomern die Menge des hergestellten
Brauntweins 12 852 Hektoliter reinen
Alkohols, 13 488 Hektoliter wurden nach Ent-
richtung der Verbrauchsabgabe in den freien Ver-
kehr gesetzt, 2299 Hektoliter zu gewerblichen
Zwecken steuerfrei verarbeitet und 132 979 Hektoliter
blieben am Schlusse des Monats als Ver-
band in den Lagern und Reinigungs-Anstalten
unter steuerlicher Kontrolle.

Ueber die zu lang bemessenen Liefe-
rungsfristen für frische Seefische
ist schon seit langer Zeit von den deutschen Hoch-
seefischer-Interessenten Klage geführt, und es ist
auch vielfach versucht worden, eine Abtuzung
durchzusetzen. Noch auf der am 28. April im
Reichsamt des Innern in Berlin abgehaltenen
Fischereikonferenz, in welcher u. A. auch die wich-
tige Frage der Lieferungsfristen zur Verathung
gelangte, wurde von einem Vertreter der Regie-
rung das Versprechen gegeben, daß seitens der
letzteren bzw. seitens des Eisenbahn-Ministeriums
alles Mögliche geschehen solle, um die Wünsche
der Hochseefischer-Interessenten zu erfüllen. Der
Ausführung dieses Versprechens harret man aber
s. Z. in beteiligten Kreisen leider noch immer
vergebens. Die Lieferfrist, welche den Eisen-
bahnverwaltungen bis an die Grenzen des deut-
schen Reiches gesetzt ist, beträgt 6 Tage. Die
Frage, in welcher Reichweite die Waare in
die Hände des Empfängers gelangt, ist dabei für
die Eisenbahnverwaltung Nebensache. Sie hat
bei bestmöglicher Lieferung ihre Frist innegehalten,
und damit ist für sie die Sache abgethan. Zu
welchen Konsequenzen das führen kann, mag un-
ter vielen anderen ein Fall beweisen, der nach
der „Frankf. Ztg.“ zu Anfang d. J. einer Fisch-
großhandlung zu Seestemünde passirt ist. Die
Waren hatten eine Sendung frischer Seefische, von dort
nach Wörlingen in Luxemburg adressirt, zur Bahn
gegeben. Erst nach vier Tagen traf die Waare
in Wörlingen ein, nachdem sie vorher in Folge
eines Verzeichens der Eisenbahnkameten eine Extra-
fahrt nach Wörlingen in Schwaben gemacht
hatte. Selbstverständlich kam die Waare für den
Empfänger in Wörlingen zu spät, und er ver-
weigerte in Folge dessen die Annahme. Auf
seine Beschwerde hin wurden dann seitens des
Abenders Nachforschungen angestellt, aus wel-
chem Grunde die Lieferung verzögert sei, worauf
er mit Rücksicht auf den Umweg, den die Sen-
dung über Wörlingen gemacht hatte, Schadenersatz
seitens der Eisenbahnverwaltung beansprucht.
Seine Anträge wurden jedoch von der
Eisenbahnverwaltung mit der Begründung abge-
lehnt, daß die Sendung rechtzeitig innerhalb der
Lieferungsfrist von 6 Tagen dem Empfänger zu
Verfügung gestellt sei. Eine weitere Reklama-
tion wurde ebenfalls abschlägig beschieden. Der

Abänderung des Gesetzes bei dem kauschurartigen
Charakter seiner Paragraphen die Gärten besitz-
end wird, scheint bei der gegenwärtigen Lage der
inneren politischen Verhältnisse zweifelhaft und
auch sobald nicht zu erwarten. Jedenfalls ist es
zu erörtern. Inzwischen müssen die einzelnen
Hausbesitzer-Vereine ihre Aufmerksamkeit darauf
richten, sich denjenigen Einfluß in den Gemeinde-
vertretungen zu sichern, der erforderlich ist,
wenigstens schwer schädigende Beschlüsse in Be-
zug auf die Steuervertheilung hinteranzubalten
und Gärten zu mildern. Aufgabe der Gesamt-
heit der in den Vereinen organisierten Haus-
besitzer aber ist es, in den weitesten Kreisen Auf-
klärung über die Wirkungen der Kommunal-
steuerreform und über die Vertheilung eines
Kommunalsteuerreform, das sich in überwiegen-
dem Maße auf eine Bruttoertragssteuer stützt
und so den am wenigsten Leistungsfähigen, den
am höchsten Verschuldeten, am stärksten trifft,
zu verbreiten. Wie das am zweckmäßigsten ge-
schehen könne, darüber zu berathen und zu be-
schließen, wird eine wichtige Aufgabe des Ver-
einungstags sein. Einen der zu besprechenden Wege
zeichnet der Antrag Breslau vor. Er verlangt,
an Sr. Majestät den Kaiser und König eine
Immediatvorstellung zu richten, in der die Lage
des städtischen Grundbesitzes, wie sie sich in den
letzten Jahren insbesondere unter dem Einfluß
des Kommunalabgabengesetzes und durch dessen
Ausführung gestaltet habe, eingehend darzulegen
sei. Um geeignete Unterlagen für eine solche
Darlegung zu gewinnen, hat der Referent,
Herr Detlev Breslau, eingehende Erhebungen ver-
anstaltet.

Bevorkommung, vielleicht zur größten Ueber-
rohung der christlich-sozialen Herren, unseren
Staat in ein Christenthum nach dem Herzen des Herrn
Bebel verwandeln müßte. Daß man uns wegen
dieser Stellungnahme als hartherzige Indivi-
dualisten verdächtigen wird, sehen wir voraus und
wissen es zu ertragen. Man kann eben das ge-
meingefährliche Treiben wohlmeinender aber
schlecht überlegender Reformatoren mit aller Ent-
schiedenheit bekämpfen und doch zugleich weit
davon entfernt sein, die sozialen Mißstände leicht
zu nehmen.“

Der am 5. August in Leipzig statt-
findende Vereinstag der preussischen Haus-
besitzervereine wird sich in erster Reihe mit den
Ausführungen des Kommunal-Abgabenge-
setzes beschäftigen. Das „Grundbesitzthum“
schreibt dazu: Wie erinnert, hat sich das preussische
Abgeordnetenhaus durch mehrere Beschlüsse und
ebenso das Oberverwaltungsgericht in verschiede-
nen Entscheidungen nicht auf den Standpunkt
der Grundbesitzer gestellt, der das Gesetz unter
Verständigung der Verhandlungen über den
Entwurf und der herbei von den Regierungs-
vertretern abgegebenen Erklärungen dahin aus-
legt, daß eine Verzögerung der Realisiren nur
zur Vertretung solcher Gemeindebedürfnisse zu-
lässig sei, die durch Aufwendungen für den
Grundbesitz verursacht seien und nicht in Gebüh-
ren und Beiträgen ihre Deckung fänden. Durch
dieses Verhalten des Abgeordnetenhauses und
durch die Entscheidungen des Oberverwaltungs-
gerichts hat der Finanzminister noch mehr Ueber-
wasser bekommen, und so ist die Ausführung des
Kommunalabgabengesetzes eine derartige gewor-
den, daß sie zu schweren Härten für die Grund-
besitzer in allen Städten geführt hat. Ob eine

Abender versuchte es mit einer Eingabe an das
Ministerium der öffentlichen Arbeiten; aber auch
hier erhielt er abschlägigen Bescheid, „da die
Eisenbahnverwaltung den Frachtvertrag innerhalb
der ordnungsmäßigen Lieferfrist erfüllt habe“.
Der Abender hatte also den Schabern zu tragen.
Welche nachtheiligen Folgen aber die langen
Lieferfristen namentlich in warmer Jahreszeit
für den Fischhandel nach sich ziehen können,
wird jeder beurttheilen können, der die leichte
Verderblichkeit der Seefische kennt. Es ist daher
eine Abtuzung der Lieferungsfristen im Interesse
des ganzen Fischhandels dringend geboten. Die
betheiligten Kreise streben auch mit aller Energie
dahin, daß ihren Wünschen, die noch auf der
letzten Generalversammlung des „Vereins deut-
scher Fischhändler“ in Gerturt auf Vorschlag des
Herrn Dimmelings-Hamburg in das Schlagwort
zusammengefaßt wurden: „Fische müssen mit der-
selben Schnelligkeit wie Personen befördert wer-
den“, baldigst Rechnung getragen wird.

Der 29. Kongress für innere
Mission wird in der Zeit vom 4. bis 7. Ok-
tober in Bremen abgehalten werden; Referate
haben übernommen Konfistorialrath Professor Dr.
Gremer-Greifswald über „Die innere Mission
als Befähigung des allgemeinen Priestertums
der Gläubigen“, Pastor Dehlers vom Stephans-
stift in Hannover über „Bestand, Ziel und
Umschreibung der deutschen evangelischen Seemanns-
mission“, Pfarrer Osterlag-Münch über „Die
Pflege der konfirmiten weiblichen Jugend des
gewerblichen Arbeiter- und Handelsstandes“,
Pastor D. Wiltner vom Gertrudenstift in Han-
nover über „Die evangelische Diakonissenarbeit“,
Pastor Guntz-Bremen über „Die Fürsorge für
die Auswanderer“ und Schürath Dr. Frolm-
meyer-Stuttgart über „Welche Ziele und Schran-
ken sind der Frauenbewegung durch das Evan-
gelium gesetzt?“

Der neue Schwant „Die Loreley“, welcher
morgen, Freitag, im Elysium-Theater
zur ersten Aufführung gelangt, soll eine der best-
erhaltenen Gaben sein und hat überall einen vollen
Erfolg davongetragen. Sicher wird ein solcher
auch hier nicht ausbleiben.

Zwei hiesige Innungen hielten gestern ihre
Königschießen ab und zwar die Malerinnung
in der Pödeburger Waidhalle (Leo Dwig) und
die Töpferinnung auf dem Julo, bei der Letzte-
ren errang die Königswürde Herr Töpfermeister
Eggert, bei der Malerinnung Herr Maler
Wilhelm Broje.

Stettiner Gartenbau-Verein.

Versammlung vom 12. Juli.
Vorstand Herr Koch.
Nach Verlesung des letzten Protokolles und
Befanntgabe der eingegangenen Schriftsachen
theilte der Vorstand mit, daß die für dieses
Jahr geplante Rosen-Ausstellung in Folge der
andauernd heißen und trockenen Witterung habe
ausfallen müssen. Da aber auch die Anmel-
dungen nicht zahlreich eingegangen seien, so müsse
man annehmen, daß das Interesse für Rosen-
Ausstellungen bei den Ausstellern nicht mehr in
dem Maße vorhanden sei, wie es zur Veran-
staltung tadellos Rosen-Ausstellungen not-
wendig sei. So sehr man dies auch beklagen
müßte, so wäre der Verein doch gezwungen, bei
der Beschlußfassung über zu veranstaltende Aus-
stellungen für die Folge diese Thatsache im Auge
zu behalten. — Gleichzeitg wurde mitgetheilt,
daß der Feldmeh-Unterricht begonnen habe und
daß als Versuchssachen die H. Schultze'sche Gärtnerei
ausersehen worden sei. Die Theilnehmung lasse
noch zu wünschen übrig und sei es rathsam, die
Prinzipale ihre jungen Leute, sofern sie Lust
zum Lernen haben, zum Besuche der Unterrichts-
stunden anhalten. — Gierauf berichtete Herr
Wiese über die neue, durch den Viz Molinia
fructigena verursachte Krankheit an Kirsch-
bäumen. In einem auch dem Vorstande des
Gartenbau-Vereins zugegangenen Runderlaß des
landwirtschaftlichen Ministeriums wird darauf
hingewiesen, daß das Auftreten dieser gefahr-
drohenden Krankheit bisher in einem weiten Ge-
biete der Provinz Brandenburg, sowie auch in
Posen und Westpreußen festgestellt worden sei.
Sie mache nicht nur die Bäume ertraglos,
sondern drohe sie auch zu zerstören. Wäher
für eine mit Frostwirkung im Zusammen-
hang stehende Erscheinung gehalten, sei die
Krankheit neuerdings als eine rein infektiöse,
durch den Viz Molinia fructigena hervor-
gerufene festgestellt. Sie gebe sich in einem
raschen Baum- und Trockenwerden der Blätter
bühel und in einem Fortschreiten des Ab-

